

KURZ UND PRÄGNANT

Rüstungstechnik?

Nachdem bekannt wurde, dass auch die TU Ilmenau Forschungsaufträge vom US-Verteidigungsministerium erhielt und in mindestens zwei Fällen eine Finanzierung aus dem Wehretat der USA erfolgte, hat sich die Linksfraktion mit einer parlamentarischen Anfrage an die Landesregierung gewandt. Dazu erklärte MdL Dr. Karin Kaschuba: „Wir fordern zunächst Aufklärung darüber, ob Thüringer Hochschulen und Forschungseinrichtungen unmittelbar an der Entwicklung von Wehr- und Rüstungstechnik beteiligt sind oder waren. Forschung an öffentlichen Einrichtungen darf nicht zu Rüstungszwecken missbraucht oder ausgenutzt werden. Die Einführung wirksamer Zivilklauseln und deren konsequente Durchsetzung und Kontrolle muss die Antwort auf solche Nachrichten sein.“ Die Wissenschaftspolitikerin verwies aber darauf, dass durch eine solide Finanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen die im Grundgesetz verankerte Freiheit der Forschung gesichert sein muss. „Der zunehmende strukturelle Zwang der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, durch Drittmittel Personal- und Sachkosten zu decken und ihre Arbeitsfähigkeit zu sichern, führt in der Konsequenz zu Abhängigkeiten der wissenschaftlichen Einrichtungen, die die Freiheit der Forschung bedrohlich gefährden.“ Die LINKE fragt die Landesregierung auch nach Forschungsaufträgen, die durch das Bundesverteidigungsministerium oder durch Verteidigungsministerien anderer Länder finanziert werden. ■

Gemeinsames Lernen

Offener Brief LINKER Politiker an die Präsidentin des Thüringischen Landkreistages

Nachdem auf der Landkreisversammlung am 6. Dezember von den Landräten u.a. Kritik am „Entwicklungsplan Inklusion“ der Thüringer Landesregierung geübt worden war – verankert auch in einer Resolution mit dem Titel „Keine Inklusion im Blindflug!“ – hatten sich mit einem offenen Brief Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow, die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Susanne Hennig, und der inklusionspolitische Sprecher, Maik Nothnagel, an die Präsidentin des Thüringischen Landkreistages, Martina Schweinsburg, gewandt.

In dem offenen Brief heißt es u.a.: „Bekanntlich will Thüringen das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht-behinderten Schülerinnen und Schülern voranbringen. Dies entspricht dem Geist der UN-Behindertenrechtskonvention. Dabei geht es nicht, wie Sie sich in Ihrer Rede äußerten, um ‚ideologische‘ Vorgaben, die die Schulträger nicht erfüllen können, sondern es geht um die Einhaltung von Menschenrechten für Menschen mit Behinderungen. Die Verwirklichung von Menschenrechten darf nicht unter Haushalts- und Finanzvorbehalt stehen. (...)“

„So sieht DIE LINKE das Land in der Pflicht, die personellen Voraussetzungen für ein inklusives Bildungswesen zu schaffen, sowie die finanzielle Ausstattung der Schulträger zur schrittweisen Schaffung der Barrierefreiheit in den Bildungseinrichtungen aus zusätzlichen Mittelzuweisungen zu gewährleisten. Im Rahmen der Bedarfsermittlung des KFA (Kommunalen Finanzausgleichs, d.R.) sind diese Mittel zu berücksichtigen. Der Prozess der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kann nur schrittweise erfolgen. Dabei sollte jeder seine spezielle Verantwortung wahrnehmen. (...)“

„Im Prozess der inklusiven Bildung werden sich natürlich auch die Förderschulen ändern müssen. Wer das nicht wahrhaben will und am bisherigen System festhalten will, der will den gemeinsamen Unterricht letztlich verhindern und Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderungsbedarf nach wie vor in Sondereinrichtungen abschieben.“

Höhnisch wirkt dann die Bemerkung, dass das ausschließlich dem Wohl der betroffenen Kinder diene, obwohl Erfahrungen aus zahlreichen anderen Ländern bereits heute schon darauf verweisen, dass die inklusive Schule ein Erfolgsmodell für behinderte sowie auch nichtbehinderte Kinder sein kann. Wenn bereits Betroffene selbst, sowohl Eltern von behinderten Kindern wie auch Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderungsbedarf, am althergebrachten System festhalten wollen und Ängste gegenüber einem inklusiven Schulwesen vorbringen, dann sollten wir gemeinsam, diesen Ängsten entgegenzutreten und sie nicht noch bedienen.(...)“ ■



Das Thüringer außerparlamentarische Bündnis zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, das ca. 30 Verbände vertritt, tagte am 3. Dezember auf Einladung der LINKEN in deren Fraktionssitzungsraum und wurde herzlich begrüßt von Bodo Ramelow (im Vordergrund Vertreterinnen des Gehörlosenverbandes mit Gebärdendolmetscherinnen). Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen – diese sei noch völlig unzureichend, wurde immer wieder kritisiert – stand im Mittelpunkt der Beratungen. Der Sprecher des außerparlamentarischen Bündnisses, Jürgen Pfeffer, forderte eine deutliche Qualifizierung des Gleichstellungsgesetzes für Thüringen, das schon bei seiner Verabschiedung im Dezember 2005 als unzureichend kritisiert worden war.

Faszinierende Einblicke in Landschaft und Leben der Provinz Jilin

Die Eröffnung der Fotoausstellung „Fabelhaftes Jilin“ am 28. November im Funktionsgebäude des Thüringer Landtags in Erfurt war mit einem bewegenden deutsch-chinesischen Kultur- und Medien-dialog verbunden und eingebettet in die Jilin-Fernsehwoche des Thüringer Senders salve.tv.

Hochrangige Vertreter aus der chinesischen Provinz Jilin, darunter der Präsident der Fernsehgruppe Jilin, der Vizedirektor des Nachrichtenzentrums und der Direktor des Informationsbüros der Provinz Jilin, waren eigens nach Thüringen gereist, um sich mit Vertretern der Medien, der Wirtschaft und der Politik auszutauschen.

Im Mittelpunkt des Treffens standen die Suche nach Kooperationen sowie ein Gedankenaustausch zwischen Klaus Dieter Böhm, Präsident des Bundesverbandes Lokal TV (vertritt 28 Millionen Zuschauer in 80 Regionalsendern), und dem Präsidenten der Fernsehgruppe Jilin, Herrn Ren Guangwei. Die chinesische Delegation hatte als

Gastgeschenk fotografische Kunstwerke präsentiert, die faszinierende Einblicke in die Landschaft, das Leben und die Kultur ihrer Provinz gewährten. Dank der Projektpartnerschaft mit der Fraktion DIE LINKE konnte die Ausstel-



lung im Thüringer Landtag gezeigt werden. Er habe sich sogar auf elektronischem Wege an der Auswahl der Bilder beteiligen können, sagte Fraktionschef Bodo Ramelow und betonte die Bedeutung der Medienbrücke von salve.tv nach China.

Klaus-Peter Böhm verwies auf die kurz zuvor unterzeichnete Kooperation mit dem TV-Sender in Jilin. Dabei sollen verstärkt Personal und Filme ausgetauscht und gemeinsame Projekte umgesetzt werden. „Über die Kultur und Geschichte unserer Länder ein besseres, ein tieferes Verständnis“ der Menschen füreinander zu erreichen, damit schließlich auch dem Frieden zu dienen, nannte er als übergreifende Ziele des Austauschs. Die Provinz Jilin mit ihren ca. 27 Millionen Einwohnern befindet sich im Nord-Osten Chinas und grenzt an Russland und Nord-Korea.

Neben wichtigen Standorten der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion bestimmen uralte Bräuche den Rhythmus dieser Provinz. Das ge-



waltige Changbai Gebirge und der Songhua Fluss verleihen der Gegend etwas Magisches. Changchun, die Hauptstadt der Provinz, ist für viele Chinesen die Wiege der Automobilindustrie des Landes. Denn das erste Automobilwerk in China wurde in Changchun errichtet und es hat sich zum größten im Lande entwickelt. Nicht zuletzt ist Changchun die Filmmetropole der Volksrepublik. ■